

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 17.11.2020

Ort: Stadthalle Braunschweig, Großer Saal, Leonhardplatz, 38102 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 15:25 Uhr

Ratsmitglieder: (in Klammern verhindert)

Herr Bader	Herr Kühn
(Herr Bley)	Herr Lehmann
Herr Dr. Blöcker	Herr Manlik
Herr Böttcher	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Herr Dr. Mühlnickel
Frau Buchholz	Herr Dr. Müller
Herr Prof. Dr. Dr. Büchs	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Naber
Herr Dobberphul	Frau Ohnesorge
Herr Edelmann	Frau Palm
Frau Dr. E. Flake	Herr Rosenbaum
Herr F. Flake	Herr Schatta
Herr Graffstedt	Herr Scherf
Frau Gries	Frau Schneider
Herr M.Hahn	Herr Scholze
Frau S. Hahn	Herr Schrader
Frau Hannebohn	Frau Schütze
Herr Hinrichs	Frau Seiffert
Frau vom Hofe	Herr Sommerfeld
Frau Ihbe	(Herr Türkmen)
Frau Jalyschko	Herr Dr. Vollbrecht
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Weber
Frau Johannes	Herr Wendroth
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Keller	Frau Willimzig-Wilke
Herr Köster	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth

Erster Stadtrat Geiger

Stadtrat Dr. Kornblum

Stadtbaurat Leuer

Dezernentin Dr. Hesse

Stadträtin Dr. Arbogast

Dezernent Leppa

Stadtrat Herlitschke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.09.2020 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Abschlussbericht zum Stufenplan zur Umsetzung des Ratsbeschlusses "Schulkindbetreuung und Ganztagschule" | 20-14383 |
| 3.2 | Kommunale Wohnraumförderung für das Studentenwerk OstNiedersachsen AdöR - Kostensteigerung der Baumaßnahme | 20-14500 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Zweckentfremdungssatzung erlassen
Antrag der Fraktion Die Linke. | 20-14354 |
| 4.1.1 | Zweckentfremdungssatzung erlassen
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14354-01 |
| 4.2 | Innenstadtentwicklung: Bewertung öffentlicher Plätze und Flächen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 20-14441 |
| 4.2.1 | Änderungsantrag zum TOP "Innenstadtentwicklung: Bewertung öffentlicher Plätze und Flächen"
Änderungsantrag der SPD-Fraktion | 20-14441-01 |
| 4.2.2 | Innenstadtentwicklung: Bewertung öffentlicher Plätze und Flächen
Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen | 20-14809 |
| 4.3 | Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten
Antrag der Fraktion Die Linke. | 20-14449 |
| 4.3.1 | Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14449-01 |
| 4.3.2 | Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14449-02 |
| 4.3.3 | Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14449-03 |
| 4.3.4 | Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten - Änderungsantrag
Änderungsantrag der SPD-Fraktion | 20-14449-04 |
| 4.4 | Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen
Antrag der CDU-Fraktion | 20-14488 |
| 4.4.1 | Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14488-01 |
| 4.5 | Zusendung der Listen eingegangener Bauanträge auch an Ratsmitglieder
Antrag der BIBS-Fraktion | 20-14505 |
| 4.6 | Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, konkreter Schritt:
Pilotprojekt für das Miet-Modell
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke.
und BIBS | 20-14506 |
| 4.6.1 | Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, konkreter Schritt: | 20-14506-01 |

	Pilotprojekt für das Miet-Modell Stellungnahme der Verwaltung	
4.7	Konzeptstudie "vertikale Nachverdichtung" Antrag der CDU-Fraktion	20-14508
4.7.1	Konzeptstudie "vertikale Nachverdichtung" Stellungnahme der Verwaltung	20-14508-01
5	Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	20-14340
6	Berufung eines Prüfers beim Rechnungsprüfungsamt	20-14415
7	Ergänzung der Grundsätze für die Verleihung der Bürgermedaille der Stadt Braunschweig	20-14397
8	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	20-14429
9	Haushaltsvollzug 2019 - hier: Zustimmung zu über- und außerplan- mäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen ge- mäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14491
9.1	Haushaltsvollzug 2019 - hier: Zustimmung zu über- und außerplan- mäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen ge- mäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14491-01
10	Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplan- mäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen ge- mäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14490
10.1	Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplan- mäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen ge- mäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14490-01
11	Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	20-14510
12	BS ENERGY Bildung einer Großen Netzgesellschaft	20-14543
13	Zwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseiti- gung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwas- serbeseitigung)	20-14367
14	Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfal- lentsorgungsgebührensatzung)	20-14365
15	Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Stra- ßenreinigungsgebührensatzung)	20-14366
16	Städtische Teilkonzepte zur Umsetzung des Ganztagsbetriebs an der Grundschule Querum und der Grundschule Rautheim	20-14409
17	Verstetigung der Aufgabe Schulbildungsberatung	20-14625
18	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)	20-13887

19	Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke Satzungsbeschluss	20-13869
20	Anpassung der Förderrichtlinie zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums	20-14422
21	Aufhebungssatzung für die Bebauungspläne LE 16 (Baublock 51/2b, Urfassung), Stadtgebiet nördlich St.-Ingbert-Straße zwischen Saarlouisstraße und Dudweilerstraße OE 7 (Baublock 52/7a, Urfassung) Stadtteil Kanzlerfeld beiderseits der Bundesallee, nördlich von Pawelsches Holz OE 32 "Sudetenstraße" Stadtgebiet zwischen Sudetenstraße, Schölke, NW-Grenze des Flurstücks 254/6, der A 391 und der A 392 Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	20-14336
22	Anfragen	
22.1	Situation von Prostituierten in Braunschweig Anfrage der SPD-Fraktion	20-14654
22.1.1	Situation von Prostituierten in Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	20-14654-01
22.2	Zuschüsse und andere städtische Leistungen an die AWO Anfrage der AfD-Fraktion	20-14657
22.2.1	Zuschüsse und andere städtische Leistungen an die AWO Stellungnahme der Verwaltung	20-14657-01
22.3	Regionale Kooperation mit Salzgitter zur Wasserstofftechnologie Anfrage der BIBS-Fraktion	20-14652
22.3.1	Regionale Kooperation mit Salzgitter zur Wasserstofftechnologie Stellungnahme der Verwaltung	20-14652-01
22.4	ISEK, Arbeitsfeld 4 "Teilhabe, Vielfalt, Engagement", Rahmenprojekt 10, Nr. 5: Einwohnerbeteiligung, Teilhabe auch in Corona-Zeiten Anfrage der Gruppe Die Fraktion P ²	20-14656
22.4.1	ISEK, Arbeitsfeld 4 "Teilhabe, Vielfalt, Engagement", Rahmenprojekt 10, Nr. 5: Einwohnerbeteiligung, Teilhabe auch in Corona-Zeiten Stellungnahme der Verwaltung	20-14656-01
22.5	Einschränkungen von Leistungen bei vollziehbarer Ausreisepflicht von Asylbewerbern Anfrage der AfD-Fraktion	20-14658
22.5.1	Einschränkungen von Leistungen bei vollziehbarer Ausreisepflicht von Asylbewerbern Stellungnahme der Verwaltung	20-14658-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er weist darauf hin, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.2: Innenstadtentwicklung: Bewertung öffentlicher Plätze/Flächen
Änderungsantrag 20-14441
- Zu TOP 4.3: Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten:
Stellungnahme 20-14449-03 und Änderungsantrag 20-14449-04
- Zu TOP 4.4: Lösungen für fehlende Unterrichtsräum schaffen:
Stellungnahme 20-14488-01

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass der Antrag 20-14488 unter TOP 4.4 und die Vorlage 20-13869 unter TOP 19 bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt werden und daher die Beratung in dieser Sitzung entfällt.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt weiter, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung die Tagesordnungspunkte 23 bis 25 vorgesehen sind. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren. Er lässt anschließend über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:05 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.09.2020

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 29.09.2020 wird bei drei Enthaltungen genehmigt.

3. Mitteilungen

- 3.1. Abschlussbericht zum Stufenplan zur Umsetzung des Ratsbeschlusses "Schulkindbetreuung und Ganztagschule" 20-14383**

Ergebnis:

Die Mitteilung 20-14383 wird zur Kenntnis genommen.

- 3.2. Kommunale Wohnraumförderung für das Studentenwerk OstNiedersachsen AdÖR - Kostensteigerung der Baumaßnahme 20-14500**

Ergebnis:

Die Mitteilung 20-14500 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

- 4.1. Zweckentfremdungssatzung erlassen 20-14354**
Antrag der Fraktion Die Linke.
- 4.1.1. Zweckentfremdungssatzung erlassen 20-14354-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu dem Antrag vorliegende Stellungnahme 20-

14354-01 hin. Ratsfrau Schneider bringt den Antrag 20-14354 ein und begründet diesen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, auf Grundlage des Niedersächsischen Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (NZwEWG) vom 27. März 2019 eine Zweckentfremdungssatzung für die Innenstadt und die Ringgebiete zu erstellen. Die Zweckentfremdungssatzung soll dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Falls eine Zweckentfremdungssatzung nur kleinere Gebiete regeln kann, soll zunächst für den Bereich Sonnenstraße/Echternstraße eine solche Satzung erlassen werden.

2. Die Verwaltung wird gebeten, die veraltete Darstellung zum Thema Zweckentfremdungsverordnung auf der städtischen Homepage zu korrigieren.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Innenstadtentwicklung: Bewertung öffentlicher Plätze und Flächen **20-14441**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

4.2.1. Änderungsantrag zum TOP "Innenstadtentwicklung: Bewertung öffentlicher Plätze und Flächen" **20-14441-01**
Änderungsantrag der SPD-Fraktion

4.2.2. Innenstadtentwicklung: Bewertung öffentlicher Plätze und Flächen **20-14809**
Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-14441 die Änderungsanträge 20-14441-01 und 20-14809 vorliegen und der gemeinsame Änderungsantrag 20-14809 die beiden zuvor eingereichten Anträge ersetzt. Ratsfrau Palm und Ratsherr Dr. Mühl-
nickel bringen den Änderungsantrag 20-14809 ein und begründen diesen. Anschließend beantragt Ratsherr Prof. Dr. Dr. Büchs, den Änderungsantrag 20-14809 an den Fachausschuss zu verweisen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Anschließend stellt er den Änderungsantrag 20-14809 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 20-14809:

Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der ISEK-Maßnahme „Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Räume“ die Plätze und Flächen in der Innenstadt zu identifizieren und zu benennen, die vordringlich aufgewertet und qualitätsvoller gestaltet werden können. Dadurch sollen die Attraktivität und die Aufenthaltsqualität für die Menschen allgemein erheblich erhöht werden, so dass sie sich von dort angezogen fühlen und sich gern dort bewegen und aufhalten. Das Augenmerk soll bei der gesamten Prüfung auch darauf gerichtet sein, zu untersuchen, wo gezielt durch das Installieren von Blumenstelen, Pflanzenkübeln, Rankpflanzen oder Büschen usw. und die Einrichtung von Mini-Pocket-Parks sowie die Anlage einer größeren Blumenfläche und die Schaffung von mehr Sitzgelegenheiten konkret Wohlfühlräume entstehen können, in denen Menschen sich nicht nur gern fortbewegen, sondern auch außerhalb von Cafes oder Restaurants längere Zeit verweilen möchten.

Die Ergebnisse sind den Ratsgremien vorzulegen, die dann über die Realisierung und deren Finanzierung entscheiden. Bei der Realisierung sind alle möglichen Fördermittel auszuschöpfen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

- | | |
|---|--------------------|
| 4.3. Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten
Antrag der Fraktion Die Linke. | 20-14449 |
| 4.3.1. Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14449-01 |
| 4.3.2. Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14449-02 |
| 4.3.3. Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14449-03 |
| 4.3.4. Abbiegeassistenzsysteme nachrüsten - Änderungsantrag
Änderungsantrag der SPD-Fraktion | 20-14449-04 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-14449 die Stellungnahmen 20-14449-01, 20-14449-02 und 20-14449-03 sowie der Änderungsantrag 20-14449-04 vorliegen. Ratsherr Wirtz beantragt, die Anträge an die Fachausschüsse zurück zu verweisen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach wird der Antrag 20-14449 von Ratsherrn Sommerfeld eingebracht und begründet. Der Änderungsantrag 20-14449-04 wird von Ratsherrn Flake eingebracht und begründet. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 20-14449-04 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 20-14449-04:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die bei der Feuerwehr (FB 37) vorhandenen Lkw mit einer Laufzeit von mindestens sieben Jahren mit Abbiegeassistenzsystemen nachzurüsten - nach Möglichkeit bis Ende 2021. Die erforderlichen Mittel sind, wenn möglich, überplanmäßig bereitzustellen.

2.

a) Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) folgenden Beschluss zu fassen: „Die noch nicht mit einem Abbiegeassistenzsystem ausgestatteten Busse werden mit Ausnahme der Busse der Baureihen 2007, 2008 und 2009, die in den Jahren 2020 bis 2022 ausgemustert werden, nach Möglichkeit bis Ende 2021 mit einem Abbiegeassistenzsystem nachgerüstet.“

b) Der Wirtschaftsplanentwurf der BSVG für 2021 ist bis zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses, in der über den Wirtschaftsplan beschlossen wird, entsprechend anzupassen.

3. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Kraftverkehr Mundstock GmbH (KVM) folgenden Beschluss zu fassen: „Die vier noch nicht mit einem Abbiegeassistenzsystem ausgestatteten Busse der Fahrzeugreihen jünger als 2010 werden bis Ende 2021 mit einem Abbiegeassistenzsystem nachgerüstet.“

4. In allen genannten Fällen ist von der Möglichkeit, Fördermittel zu beantragen, insbesondere aus dem Förderprogramm Abbiegeassistenzsysteme des Bundesamtes für Güterverkehr, Gebrauch zu machen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen beschlossen

- | | |
|---|-----------------|
| 4.4. Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen
Antrag der CDU-Fraktion | 20-14488 |
|---|-----------------|

**4.4.1. Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen
Stellungnahme der Verwaltung**

20-14488-01

Ergebnis:

Der Antrag 20-14488 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

Die Stellungnahme 20-14488-01 wird zurückgestellt.

**4.5. Zusendung der Listen eingegangener Bauanträge auch an Rats-
mitglieder
Antrag der BIBS-Fraktion**

20-14505

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass zu dem Antrag 20-14505 eine geänderte Beschlussempfehlung vorliegt. Anschließend lässt er über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen.

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung wird gebeten, die vertraulichen Listen eingegangener Bauanträge, die bisher lediglich an die BezirksbürgermeisterInnen und deren StellvertreterInnen gesendet werden, auch an alle **Fraktionsvorsitzende der Stadtbezirksräte**, die ja ebenfalls zur Vertraulichkeit verpflichtet sind, zu versenden.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

**4.6. Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, konkreter Schritt:
Pilotprojekt für das Miet-Modell
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke.
und BIBS**

20-14506

**4.6.1. Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, konkreter Schritt:
Pilotprojekt für das Miet-Modell
Stellungnahme der Verwaltung**

20-14506-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu dem Antrag vorliegende Stellungnahme 20-14506-01 hin. Der Antrag 20-14506 wird von Ratsfrau Schneider eingebracht und begründet. Anschließend stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten, jetzt mit der Umsetzung von Punkt 2 des Ratsbeschlusses vom 17.12.2019 zur Umsetzung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern (Vorlage 19-12423) zu beginnen: Eines der sechs in der Stellungnahme der Verwaltung 20-13664-01 aufgeführten Dächer, bei denen eine PV-Nutzung trotz 2013 festgestellter Eignung noch immer nicht in Planung ist, wird zeitnah für ein Pilotprojekt zum Miet-Modell (auch Rückpacht-Modell genannt) zur Verfügung gestellt. Ziel soll eine Umsetzung im Jahr 2021 sein. Dazu nimmt die Verwaltung möglichst bald Gespräche mit potenziell geeigneten Partnern auf.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die beschlossene Prüfung der Gründung einer eigenen Gesellschaft zum Betrieb von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern voranzutreiben und die Ergebnisse den politischen Gremien zeitnah vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-14506-01 wird zur Kenntnis genommen.

**4.7. Konzeptstudie "vertikale Nachverdichtung"
Antrag der CDU-Fraktion**

20-14508

4.7.1. Konzeptstudie "vertikale Nachverdichtung"

20-14508-01

Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die Stellungnahme 20-14508-01 hin und erklärt, dass zu dem Antrag 20-14508 eine geänderte Beschlussempfehlung vorliegt. Der Antrag wird von Ratsherr Köster eingebracht und begründet. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen.

Beschluss (geändert):

Die im Haushalt 2020 ursprünglich für eine Konzeptstudie für serielles, modulares Bauen zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 30.000 Euro werden für eine Konzeptstudie für eine vertikale Nachverdichtung **unter Berücksichtigung bestehender Konzeptstudien** verwendet.

Die Ergebnisse sind den Ratsgremien vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-14508-01 wird zur Kenntnis genommen.

5. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses

20-14340

Beschluss:

Frau Andrea Lüdtko wird als Vertreterin der evangelischen Kirche als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss benannt.

Als stellvertretendes beratendes Mitglied der evangelischen Kirche wird Frau Christine Scherf benannt.

Frau Stefanie Fischer wird als von der Landesschulbehörde vorgeschlagene Vertreterin der Lehrkräfte als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss benannt.

Als stellvertretendes beratendes Mitglied als von der Landesschulbehörde vorgeschlagene Vertreterin der Lehrkräfte wird Frau Regina Lange benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Berufung eines Prüfers beim Rechnungsprüfungsamt

20-14415

Beschluss:

Der Stadtratsrat Lars Eckert wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - zum Prüfer beim Rechnungsprüfungsamt berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Ergänzung der Grundsätze für die Verleihung der Bürgermedaille der Stadt Braunschweig

20-14397

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 20-14397 abstimmen.

Beschluss:

„Die Grundsätze für die Verleihung der Bürgermedaille der Stadt Braunschweig werden in Nr. 3.1 wie folgt ergänzt und erhalten somit folgende Fassung:

3.1 Die Bürgermedaille wird an Personen und Personenvereinigungen verliehen, die das allgemeine Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt, insbesondere auf den Gebieten Kultur, Bildung, Bauwesen, Denkmalpflege, Soziales und Umwelt in besonderer Weise gefördert

und der Ehrung vorab zugestimmt haben. Auswärtige, die in besonderer Beziehung zu Braunschweig stehen, können ebenfalls ausgezeichnet werden.“

Abstimmungsergebnis:

bei fünf Gegenstimmen beschlossen

8. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 20-14429

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Haushaltsvollzug 2019 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG 20-14491

9.1. Haushaltsvollzug 2019 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG 20-14491-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die Ergänzung 20-14491-01 hin und stellt diese gemeinsam mit der Vorlage 20-14491 zur Abstimmung.

Beschluss zu Vorlagen 20-14491 und 20-14491-01:

Den in den Vorlagen aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: gemeinsame Abstimmung der Vorlagen

einstimmig beschlossen

10. Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG 20-14490

10.1. Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG 20-14490-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die Ergänzung 20-14490-01 hin und stellt diese gemeinsam mit der Vorlage 20-14490 zur Abstimmung.

Beschluss zu Vorlagen 20-14490 und 20-14490-01:

Den in den Vorlagen aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: gemeinsame Abstimmung der Vorlagen

einstimmig beschlossen

11. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH 20-14510

Beschluss:

1. Die von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH beantragte Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme in Höhe von 12.000.000 EUR zuzüglich Zinsen und etwaigen Kosten wird beschlossen.
2. Sofern die Zinsbindung nicht für die komplette Laufzeit des Darlehens vereinbart wird, wird die Verwaltung ermächtigt, die nach deren Ablauf erforderliche Prolongationen oder Umschuldung durch Bürgschaftserklärung zu sichern.
3. Sofern im Zusammenhang mit den unter Ziffer 1 dargestellten Darlehensaufnahme ein Zinssicherungsgeschäft vereinbart wird, wird die Verwaltung ermächtigt, dieses ggf. durch eine Bürgschaftserklärung zu sichern.
4. Zur Tilgung des o. g. Darlehens wird der Kapitalrücklage der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH ab dem Jahr 2021 ein Betrag in Höhe von jährlich 500.000 EUR zugeführt. Die erforderlichen finanziellen Mittel werden im Haushaltsplan der Stadt Braunschweig veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**12. BS|ENERGY 20-14543
Bildung einer Großen Netzgesellschaft**

Ratsherr Rosenbaum beantragt im Rahmen seines Redebeitrages, die Vorlage 20-14543 zur Beratung an den Finanz- und Personalausschuss zurück zu verweisen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen und stellt fest, dass dieser bei neun Fürstimmen abgelehnt wird. Danach stellt er die Vorlage 20-14543 zur Abstimmung.

Beschluss:

- „1. Die Stadt Braunschweig stimmt der Übertragung des Eigentums an den Verteilungsanlagen für Strom und Gas von der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG auf die Braunschweiger Netz GmbH mit rechtlicher Wirkung vom 1. Januar 2020 zu.
2. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) werden angewiesen, die Geschäftsführung der SBBG zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG dem Abschluss des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages mit der Braunschweiger Netz GmbH zuzustimmen.“

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen beschlossen

13. Zwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) 20-14367

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Zwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen beschlossen

- 14. Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung) 20-14365**

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

- 15. Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung) 20-14366**

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

- 16. Städtische Teilkonzepte zur Umsetzung des Ganztagsbetriebs an der Grundschule Querum und der Grundschule Rautheim 20-14409**

Beschluss:

Den nachfolgenden Teilkonzepten zur Umsetzung des Ganztagsbetriebs an der Grundschule Querum und der Grundschule Rautheim wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

- 17. Verstetigung der Aufgabe Schulbildungsberatung 20-14625**

Beschluss:

Die Schulbildungsberatung wird mit den Aufgaben der Beratung und Schulplatzvermittlung für Neubürgerinnen und Neubürger sowie der Beratung von bildungsbenachteiligten Familien am Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule im Umfang von zunächst 1,5 E 11-Stellen unbefristet fortgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

- 18. Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) 20-13887**

Beschluss:

„Die als Anlage 1 beigefügte Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 19. Ringgleis Anschluss Lehdorf zwischen Hannoversche Straße 67 und Saarbrückener Straße/Trierstraße** **20-13869**
Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke
Satzungsbeschluss

Ergebnis:

Die Vorlage wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

- 20. Anpassung der Förderrichtlinie zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums** **20-14422**

Beschluss:

1. Der Neufassung der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums“ wird zugestimmt.
2. Die Richtlinie tritt mit dem Datum des Beschlusses in Kraft.
3. Mit Inkrafttreten dieser Richtlinie tritt die bisherige städtische Richtlinie vom 3. Juli 2017 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 21. Aufhebungssatzung für die Bebauungspläne** **20-14336**
LE 16 (Baublock 51/2b, Urfassung), Stadtgebiet nördlich St.-Ingbert-Straße zwischen Saarlouisstraße und Dudweilerstraße
OE 7 (Baublock 52/7a, Urfassung) Stadtteil Kanzlerfeld beiderseits der Bundesallee, nördlich von Pawelsches Holz
OE 32 "Sudetenstraße" Stadtgebiet zwischen Sudetenstraße, Schölke, NW-Grenze des Flurstücks 254/6, der A 391 und der A 392
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Beschluss:

- "1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß der Anlage 4 zu behandeln.
2. Die Aufhebungssatzungen für die in der Sitzung ausgehängten Bebauungspläne LE 16 (Baublock 51/2b, Urfassung) vom 20. September 1960, OE 7 (Baublock 52/7a, Urfassung) vom 25. Mai 1963 und OE 32 „Sudetenstraße“, vom 14. Juni 1996 werden gemäß § 1 (8) in Verbindung mit § 10 (1) BauGB beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht zu den Aufhebungssatzungen wird beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

22. Anfragen

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass - wie zuvor im Ältestenrat verabredet - die Fragesteller auf den mündlichen Vortrag der Anfrage verzichten. Die Beantwortung erfolgt ebenfalls ohne mündlichen Vortrag. Es werden zu jeder Anfrage schriftliche Stellungnahmen vorgelegt.

- 22.1. Situation von Prostituierten in Braunschweig** **20-14654**
Anfrage der SPD-Fraktion
- 22.1.1. Situation von Prostituierten in Braunschweig** **20-14654-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Anfrage 20-14654 wird schriftlich beantwortet.
 Die Stellungnahme 20-14654-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 22.2. Zuschüsse und andere städtische Leistungen an die AWO** **20-14657**
Anfrage der AfD-Fraktion
- 22.2.1. Zuschüsse und andere städtische Leistungen an die AWO** **20-14657-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Anfrage 20-14657 wird schriftlich beantwortet.
 Die Stellungnahme 20-14657-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 22.3. Regionale Kooperation mit Salzgitter zur Wasserstofftechnologie** **20-14652**
Anfrage der BIBS-Fraktion
- 22.3.1. Regionale Kooperation mit Salzgitter zur Wasserstofftechnologie** **20-14652-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Anfrage 20-14652 wird schriftlich beantwortet.
 Die Stellungnahme 20-14652-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 22.4. ISEK, Arbeitsfeld 4 "Teilhabe, Vielfalt, Engagement", Rahmenprojekt 10, Nr. 5: Einwohnerbeteiligung, Teilhabe auch in Corona-Zeiten** **20-14656**
Anfrage der Gruppe Die Fraktion P²
- 22.4.1. ISEK, Arbeitsfeld 4 "Teilhabe, Vielfalt, Engagement", Rahmenprojekt 10, Nr. 5: Einwohnerbeteiligung, Teilhabe auch in Corona-Zeiten** **20-14656-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Anfrage 20-14656 wird schriftlich beantwortet.
 Die Stellungnahme 20-14656-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 22.5. Einschränkungen von Leistungen bei vollziehbarer Ausreisepflicht von Asylbewerbern** **20-14658**
Anfrage der AfD-Fraktion
- 22.5.1. Einschränkungen von Leistungen bei vollziehbarer Ausreisepflicht von Asylbewerbern** **20-14658-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Anfrage 20-14658 wird schriftlich beantwortet.
 Die Stellungnahme 20-14658-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

Die Einwohnerfragestunde findet unter Leitung der stellvertretenden Ratsvorsitzenden Naber von 14:59 Uhr bis 15:18 Uhr statt.
 Anschließend übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt wieder die Sitzungsleitung und stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

Nichtöffentlicher Teil:

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des nichtöffentlichen Teils behandelt hat und schließt die Sitzung um 15:25 Uhr.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin